Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) ein Rock und eine Weste von dunkelblauem, dickem Stoff (am Rocke Hornknöpfe mit Stofffüllung) und ein Paar Hosen von dunklem, graugestreiftem Stoff, aus einem Wohnzimmer in Nr. 15 der Burgstraße, vom 30. Juli bis 9. d. Mts.;

2) 3 Kinderbetten mit rothen „A. B." gezeichneten Inlets, 2 Betten mit weißen und ein Bett mit rothen und weißen „A. B." gezeichneten Ueberzügen und eine Damast-Kinder-Wagendecke mit gelber und blauer Kante, aus einem Kinderwagen in Nr. 17 der Alexanderstraße, vom 8. bis 9. dss. Mts.;

3) eine Wagen-Plane, 3¾ m lang und 1¼ m breit, aus grauem Segeltuch mit Lederriemen und Messing-Oesen, sowie der Firma „Friedrich Rödger, Bier- und Eis-Depot, Ritterstr. 4", aus der Hausflur in Nr. 4 der Ritterstraße, vom 8. bis 9. dss. Mts.;

4) ein Damen-Sonnenschirm mit Ueberzug von schwarzem gepreßten Stoff mit braunem Stab und rundem Holzknopf, sowie Nickelspitzen an den Stäben, aus einem Wohnzimmer in Nr. 10 der Großen Fleischergasse, am 9. dss. Mts. Nachmittags;

5) ca. 500 Mark in 25 Pfund Sterling in Gold, aus einem Zimmer in Nr. 12 der Nicolaistraße, am 9. dss. Mts.;

6) ein fast neuer brauner steifer Filzhut mit braunem Futter, darin die Firma des Hutmachers Beiching, aus dem Warte-Saale 2. Cl. des Dresdner Bahnhofs, am 9. dss. Mts. früh;

7) eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand und Secunde, innen „149" eingeschlagen und „Emil Jähnig" eingravirt, nebst anhängender rundgliedriger Talmikette, in der Mahlmannstraße, mittelst Taschendiebstahls, am 9. dss. Mts. Nachts;

8) ein Frauenmantel von schwarzem, kleincarrirtem, gepreßtem Stoff mit Stehkragen, dolmanartigem Ueberhang, ohne Aermel, mit großen mit Rips überzogenen Knöpfen, mit schwarzseidenem Rips und schwarzwollenen Schnüren besetzt, aus einem Vorsaale in Nr. 51 der Waldstraße, am 10. dss. Mts. Nachmittags;

9) eine Halskette von Talmi, mit ovalem goldenen Medaillon mit schwarzer Emaille und weißer Perle, eine ovale goldene Brosche mit schwarzemaillirter Blume, eine längliche Brosche mit 3 Reihen Korallen, ein Jet-Armreif mit gelben Metallstreifen und ein Paar braunseidene Handschuhe, aus einer Wohnung in Nr. 17 der Nicolaistraße, vom 12. bis 14. dss. Mts.;

10) eine goldene defecte Damen-Cylinderuhr mit Sprungdeckel und blau emaillirter Rückseite, aus einem Geschäftslocale in Nr. 25 der Burgstraße, am 12. d. M.;

11) eine dunkle Marmor-Platte, ca. 1 m lang, 38 cm breit und 2 cm stark, aus dem Hofraum in Nr. 40 der Berliner Straße, am 13. d. M.;

12) 2 große, ziemlich neue ungestrichene Gieß-Kannen von Zinkblech, aus einem Garten in Nr. 62 der Berliner Straße, vom 12. bis 13. d. M.;

13) ein Ballchen Tuch, 8 kg schwer, signirt „C F T 12", aus einer Niederlage in Nr. 71 am Brühl, am 12. d. M. Vormittags;

14) 6 schwarzwollene rothkantige Kopftücher, aus einem Ballen in Nr. 31 der Reichsstraße, am 16. dss. Mts. Mittags;

15) eine alte silberne Cylinderuhr mit Secunde und glatter Rückseite, sowie anhängender rundgliedriger Messingkette und ein schwarzledernes Geldtäschchen ohne Schloß, darin ca. 18 ℳ in Silber und Nickel, in der Promenade am Augustusplatz, vom 16. bis 17. dss. Mts. mittelst Taschendiebstahls;

16) eine goldene ovale Brosche, aus einem Zimmer in Nr. 9 der Löhrstraße, am 15. dss. Mts.;

17) eine starke goldene Herren-Ankeruhr, ohne Secunde, mit kleiner Reparatur im Zifferblatt und Schildchen auf der Rückseite mit den eingravirten Buchstaben „F. S.", sowie anhängender Talmi-Halskette, aus einem Geschäftslocale in Nr. 15 am Thomaskirchhof, am 16. d. M.;

18) eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand und geriefter Rückseite, sowie anhängender kurzer Nickelkette, aus einer Wohnung in Nr. 21 der Fregestraße, am 15. d. Mts.;

19) eine silberne Anker-Remontoiruhr mit Goldrand und Secunde, kleinem Defect auf dem Zifferblatt und anhängender Talmikette, in der Ulrichsgasse oder am Roßplatz, vom 16. bis 17. d. Mts. Nacht, mittelst Taschendiebstahls;

20) ein großes schwarzledernes Opernglas mit Nickelgestell (sogen. Feldstecher), auf dem Renn-Platz, am 16. dss. Mts. Nachmittags;

21) ein schwarzer Gehrock mit schwarzem Schooß und hellgestreiftem Aermelfutter und 2 Reihen Knöpfen, ein rothbaumwollenes gelbkantiges Taschentuch und eine hölzerne Cigarrenspitze in Trichterform, aus dem Tanzsaale in Nr. 32 der Zeitzer Straße, am 16. dss. Mts. Abends;

22) ein verschlossener schwarzer Handkoffer mit Nickelbeschlag, darin ein kurzer Rock von dunkelblauem, rauhcarrirtem Stoff, mit einer Reihe schwarzer Hornknöpfe, schwarzem Wollatlasfutter und einem Henkel mit einer Frankfurter Firma, eine Weste von demselben Stoff, eine schwarz- und weißschmalgestreifte Hose, eine braune Reise-Mütze, drei weiße Oberhemden, „E. W." gezeichnet, mehrere Kragen und Manschetten, mehrere Paar verschiedenfarbige Strümpfe, „E. W." gez., ein Paar Promenaden-Lederschuhe mit Gummizug, ein Paar gestickte Pantoffeln, ein Gebetbuch, Gebetmantel und Riemen, sowie eine Reiselegitimation, auf „Elieser Werthau" lautend, aus der Ankunftshalle des Berliner Bahnhofs, am 16. d. M. Abends.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 17. September 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. D.

Königl. Sächs. Standesamt.

Mittwoch, den 19. und Donnerstag, den 20. dieses Monats werden wegen Reinigung der Locale **nur Vormittags von 8 bis 11 Uhr** Anmeldungen entgegen genommen.

Leipzig, 17. September 1888.

Der Standesbeamte:
Trinckler.

Wohnung.

Im Grundstück der Juristenfacultät der Universität, Collegium Juridicum benannt, Petersstraße Nr. 36, ist die 2. Etage nach der Petersstraße, bestehend aus Corridor, 3 zweifenstrigen und 2 einfenstrigen Zimmern, Küche, Speise-, Mädchenkammer und sonstigem Zubehör, vom 1. April 1889 ab anderweit zu vermiethen.

Zu diesem Zwecke wird hiermit Licitationstermin auf
Montag, den 24. September d. J.,
Vormittags 11 Uhr
im Universitäts-Rentamte anberaumt und werden Miethliebhaber sich in demselben einzufinden. Das Rentamt, bei welchem die Licitationsbedingungen bereits vorher einzusehen sind, behält sich die Auswahl unter den Bietern und den Zuschlag überhaupt vor. Die Bieter bleiben 14 Tage an ihre Gebote gebunden.

Leipzig, am 17. September 1888.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Graf Kalnoky in Friedrichsruh.

Den Begegnungen des italienischen Ministerpräsidenten Crispi mit dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnoky am 21. und 25. August ist die des Grafen Kalnoky mit dem deutschen Reichskanzler gefolgt. Wie schon seit einer Reihe von Jahren hat sich Graf Kalnoky nach dem Landsitz des Fürsten Bismarck begeben, um mit ihm über die politische Gesammtlage Rücksprache zu nehmen. Das Wiener „Fremdenblatt" hat ohne Zweifel Recht, wenn es die volle Uebereinstimmung beider Staatsmänner über die von ihnen zum Zweck der Erhaltung des Friedens einzunehmende Haltung als selbstverständlich voraussetzt, aber andererseits gewinnt die diesjährige Zusammenkunft der beiden Minister durch die Ereignisse, welche im Laufe des letzten Jahres eingetreten sind, eine ganz besondere Bedeutung und Wichtigkeit. Italien ist seitdem in das zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehende vertraute Verhältniß als gleichberechtigte dritte Macht eingetreten, Crispi hat an dem persönlichen Gedankenaustausch über die politische Lage und die Anforderungen, welche sie an die Mitglieder des Dreibundes stellt, theilgenommen, der Einklang zwischen den drei Verbündeten ist nunmehr ein vollständiger geworden. Die Verträge haben durch die persönliche Berührung der drei Staatsmänner keine Aenderung erfahren, aber ihr Inhalt ist lebendiger geworden, man hat Gelegenheit gefunden, denselben an der Hand der Thatsachen zu prüfen und ihn auf gegebene Fälle anzuwenden.

Wir wissen bereits, daß die bevorstehende Romfahrt Kaiser Wilhelm's Gegenstand der Rücksprache zwischen Crispi und dem Fürsten Bismarck gewesen ist, und man darf voraussehen, daß Crispi sich auch dem Grafen Kalnoky über die mit dem Fürsten Bismarck in dieser Beziehung getroffenen Vereinbarungen geäußert hat, aber es ist klar, daß dieses Thema nicht das einzige gewesen ist, über welches ein Gedankenaustausch erfolgte. Nach Lage der Verhältnisse mußte es vorzugsweise Frankreich sein, über dessen Absichten und Actionsfähigkeit die leitenden Staatsmänner Deutschlands und Italiens sich ausgesprochen haben. Die Art und Weise, wie die Massauahfrage zum Austrage gekommen ist, läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß über deren Behandlung innerhalb des Dreibundes volle Uebereinstimmung herrscht, und es ist offenbar, daß darüber sowohl in Friedrichsruh als auch in Eger eingehende Erörterungen stattgefunden haben. Aus den Andeutungen der halbamtlichen Presse war ersichtlich, daß die Mittelmeerpolitik in Friedrichsruh und in Eger zur Sprache gekommen ist und daß über die dabei in Betracht kommenden Gesichtspuncte volles Einverständniß erzielt worden ist.

Bei dem Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn handelt es sich in erster Linie um die beiderseitigen Beziehungen zu Rußland und um die Behandlung der Balkanfrage. In Verbindung mit dieser Hauptfrage steht natürlich die militairische Leistungsfähigkeit beider Verbündeten im Falle der Nothwendigkeit, einen russischen Angriff abzuwehren. Oesterreich-Ungarn hat durch das Landsturmgesetz seine militairischen Hilfsmittel wesentlich gesteigert, und in der beiderseitigen Aufmerksamkeit auf die Manöver ihrer Heere hat sich das Streben gezeigt, die Heereseinrichtungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit einander in möglichst enge Wechselbeziehung zu setzen. Die Entsendung des Höchstcommandirenden der österreichischen Armee, des Erzherzogs Albrecht, nach Berlin entspricht der Sendung des Chefs des Generalstabes der preußischen Armee, Grafen Waldersee, zur Theilnahme an den österreichischen Manövern. Bekanntlich steht in nächster Zeit der Besuch Kaiser Wilhelm's am österreichischen Kaiserhofe bevor; es liegt daher nahe, daß auch diese Angelegenheit in Friedrichsruh zur Sprache kommen wird. Man hat längst aufgehört, auf gegnerischer Seite die Thatsache, daß der erste Antrittsbesuch des neuen Kaisers von Deutschland in Rußland abgestattet wurde, zum Gegenstande von Verdächtigungen zu machen, welche bestimmt waren, das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu stören. Diese Versuche waren von vornherein so aussichtslos, daß ihre Wirkungslosigkeit den Urhebern selbst zum Bewußtsein gekommen ist. Die Beziehungen zwischen den beiden Verbündeten können kaum inniger sein, als sie in Wahrheit sind.

Glücklicherweise hat die bulgarische Frage seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm's II., insbesondere seit dem Besuche desselben in Peterhof viel von ihrer Schärfe verloren, die Frage wird kaum noch erwähnt, man hält sich lediglich an die Thatsachen, welche in Bulgarien selbst hervortreten. Seltsamerweise ist über die wahre Sachlage in Bulgarien sehr schwer Klarheit zu gewinnen, die Berichte, welche darüber von verschiedenen Seiten vorliegen, widersprechen einander vollständig. Nach dem gestern von uns mitgetheilten Briefe der „Politischen Correspondenz" aus Konstantinopel vom 11. September befindet sich Bulgarien in einer so ausgezeichneten Lage, daß die Türkei mit Neid auf ihren Vasallenstaat blickt; die Finanzlage läßt nichts zu wünschen übrig, die Steuern gehen mit einer Leichtigkeit ein, daß die Regierung Anleiheanerbieten von auswärts zurückzuweisen in der Lage ist, das Erziehungs- und Bildungswesen macht erstaunliche Fortschritte, die Ernte ist über alle Erwartung günstig ausgefallen, genug, Bulgarien erscheint in diesem Briefe als ein Musterstaat von ganz außergewöhnlicher Blüthe und Gesundheit. Die Kehrseite ist um so frappanter. Danach treiben Räuberbanden in Bulgarien ihr Wesen in so frecher Weise wie kaum irgendwo anders in Europa, sie nehmen Privatpersonen gefangen, für die sie hohes Lösegeld fordern und empfangen und setzen dieses barbarische Treiben zum Hohn aller militairischen Anstrengungen, die Sicherheit im Lande wieder herzustellen, fort. Einen Ausgleich zwischen solchen schroffen Gegensätzen zu finden, ist nicht möglich.

Anders liegen die Verhältnisse in Serbien, wo die Parteinahme Rußlands für die Königin Natalie in ihrem Kampfe gegen König Milan augenscheinlich ist. Das mit den preußischen Gesetzen nicht zu vereinbarende Auftreten der Königin Natalie in Wiesbaden nöthigte die preußischen Behörden, den König Milan in der Geltendmachung seines Rechtes auf die Rückkehr seines Sohnes in die väterliche Gewalt zu unterstützen, und damit stimmte die Auffassung der Sachlage in Serbien, wie sie die Regierung Oesterreich-Ungarns vertritt, überein. Das ist eine Angelegenheit, welche einzig und allein das innere Staatsleben Serbiens betrifft, aber wie die Dinge auf der Balkanhalbinsel liegen, sieht die öffentliche Meinung Rußlands jede Unterstützung der gesetzlichen Gewalt in einem Balkanstaat durch eine auswärtige Macht als einen Eingriff in die Rechte Rußlands an. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Rußland alle die Bestrebungen auf der Balkanhalbinsel unmittelbar oder mittelbar unterstützt, welche die Auflösung der staatlichen Ordnung, soweit sie der Unabhängigkeit der Balkanstaaten dient, herbeizuführen geeignet ist. Auch in Rumänien hat sich bekanntlich im letzten Frühjahr unter Mithilfe des russischen Consuls Hitrowo eine Bewegung entfaltet, welche den Sturz der Dynastie zum Ziel hatte. Unter dem Ministerium Karp ist zwar vorläufig alles wieder in das gesetzliche Gleis zurückgekehrt, aber es wäre nicht unmöglich, daß sich bei günstigem Anlaß diese Versuche wiederholten.

Das ist die Lage, welche Oesterreich-Ungarn bei seiner Balkanpolitik zu berücksichtigen genöthigt ist und wenn wir noch die Abfertigung hinzunehmen, welche Kaiser Franz Josef dem urpatriotischen Gebahren des Bischofs Stroßmayer aus Anlaß der russischen Feier in Kiew ertheilt hat, so sind in der Hauptsache diejenigen Angelegenheiten erwähnt, welche sich dem Grafen Kalnoky und dem Fürsten Bismarck als Gesprächsthemata darbieten.

Leipzig, 18. September.

* Die Wiener Presse begrüßt die Zusammenkunft Kalnoky's mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh in äußerst sympathischer Weise. So schreibt das leitende Wiener Blatt die „Neue Freie Presse" am Schlusse einer eingehenden Betrachtung:

„... Mit der Unbefangenheit zweier Männer, die wissen, daß die Interessen, welche jeder von ihnen vertritt, innig und für die Dauer verknüpft sind, können Graf Kalnoky und Fürst Bismarck die europäische Lage erwägen. Das Bündniß ist in der That dem einstmaligen Bundesverhältnisse ähnlich geworden, und wenn es einen Unterschied giebt, so besteht er vielleicht nur darin, daß kaum jemals der österreichische und der preußische Bevollmächtigte beim deutschen Bunde sich mit solcher Aufrichtigkeit und so entfernt von allem Mißtrauen begegnet sind als jetzt, nachdem die Streitgegenstände zwischen den beiden Staaten hinweggeräumt sind, der deutsche Reichskanzler und der österreichische Minister des Aeußern.

In diesem sichtbaren Fortbestande des innigen Verhältnisses zwischen den beiden großen mitteleuropäischen Staaten liegt auch die stärkste Bürgschaft für den europäischen Frieden. Wenn die Begegnung von Peterhof die Folgen gehabt hätte, welche man vielfach von ihr erwartete, wenn sie einen innigen Anschluß Rußlands an Deutschland herbeigeführt und dadurch die Nothwendigkeit ergeben hätte, auch das Verhältniß Rußlands zu Oesterreich neu zu regeln — wir wissen nicht, ob dem europäischen Frieden dadurch ein dauerhafteres Fundament geschaffen worden wäre. Den günstigsten Fall angenommen, es wäre der Vermittelung Deutschlands gelungen, ein Abkommen über Bulgarien zu Stande zu bringen, ist es denkbar, daß damit eine grundsätzliche und endgiltige Lösung der orientalischen Frage geschaffen worden wäre? Wenn aber dies nicht angenommen werden kann, so wäre die Lage nicht sicherer geworden, als sie gegenwärtig ist, obgleich man sich nicht verhehlen kann, daß der Friede wesentlich auf den vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreichs ruht und daß diese Heere wohl daran thun, ihren Uebungen, wie es geschieht, mit Eifer sich zu widmen. Denn der sogenannte illegale Zustand in Bulgarien befestigt sich von Tag zu Tag mehr und hat vor den vorangegangenen legalen Zuständen den Vortheil, daß das vielgeprüfte Land anfängt, Athem zu schöpfen, daß die Ordnung aufrecht erhalten bleibt, daß die revolutionären Zuckungen und daher auch die Anlässe zu europäischer Intervention immer seltener werden. Im Interesse Rußlands mag das nicht gelegen sein, dem europäischen Frieden jedoch kommt es zu Gute. Die beiden Staatsmänner in Friedrichsruh dürften sich auch kaum darüber den Kopf zerbrechen, wie dieser leidlich befriedigende Zustand durch einen anderen, dessen Folgen ungewiß sind, zu ersetzen wäre. Es liegt in der Natur und Aufgabe des Friedensbundes, den bestehenden Rechtszustand zu schirmen; je länger dieser dauert, desto mehr gewinnt er an Festigkeit. Vielleicht verwandelt sich mit der Zeit auch Rußlands grollendes Schweigen in eine allseitig erwünschte Zustimmung."

Das officiöse Wiener „Fremdenblatt" sagt: „Die alljährlich regelmäßig wiederkehrende Zusammenkunft des Ministers des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck erscheint keinem Politiker mehr als ein Symptom oder Vorbote irgend einer Action; die allgemeine Lage weist sicherlich eher einen Fortschritt auf dem Wege zu einer dauerhafteren Beruhigung auf. Beide Staatsmänner werden die Gesammtlage nur von dem Gesichtspuncte der Befestigung des Friedens betrachten und neuerlich eine gegenseitige und volle Uebereinstimmung hinsichtlich der Grundzüge der Politik constatiren."

* Der greise hochgeehrte Fürst Johann Adolf Schwarzenberg ist im Alter von 89 Jahren auf seinem Schlosse Frauenberg im Böhmer Walde dahingeschieden, allgemein betrauert von seinen „Unterthanen". Fürst Schwarzenberg war bekanntlich einer der reichsten Grundbesitzer Europas; der Umfang seiner Güter im Böhmer Walde betrug allein an 40 Quadratmeilen, außerdem hatte er ausgedehnte Besitzungen in Nordböhmen, Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Steiermark und Ungarn. Diesen riesigen Grundbesitz verwaltete er mit kluger Auswahl tüchtiger Oberbeamten musterhaft und zugleich mit Gerechtigkeit und väterlicher Fürsorge für seine Angestellten und deren Familien. Nach Art der alten Grandseigneurs nannte er alle seine Beamten, vom Hofrath angefangen, „du", unterhielt auch noch auf Schloß Krumau, gemäß besonderer Vorrechte, eine eigene „Leibgarde" von etlichen dreißig Gewehren und drei oder vier Kanonen, zugleich aber unterhielt er in Wien freie Wohnungen für die Söhne seiner Angestellten, welche studiren wollten, und, wenn Platz war, für andere brave Jünglinge des „Königreichs Schwarzenberg". Doch konnte er auch recht streng sein in der Behandlung seiner Pächter und Eintreibung der Schuldforderungen. Die Beliebtheit des alten Herrn wurde im ganzen weder hierdurch, noch durch die czechisirende Richtung seines einzigen Sohnes Prinzen Adolf Joseph Schwarzenberg wesentlich beeinträchtigt. Der Alte kümmerte sich mehr um die gute Verwaltung seiner Güter als um die Staatsverwaltung, er stimmte in früherer Zeit stets „für den Kaiser", also auch für die Verfassungspartei und seit Jahrzehnten gar nicht mehr, erinnerte sich jedoch im Allgemeinen noch der fränkischen Abstammung seines Geschlechtes und dessen Hauptruhmestitels, den Feldherrn der Schlacht bei Leipzig, Fürsten Karl Schwarzenberg, hervorgebracht zu haben. Seinen Beamten ließ er in politischer Beziehung meistens freien Spielraum, indeß wurden oft und mit Vorliebe czechische Beamte in deutschen Gegenden, allerdings auch deutsche Beamte auf czechischen Gütern angestellt. Dies System hat das Deutschthum im vorwiegend deutschen Böhmer Walde leider sehr geschädigt, weil die czechischen Beamten zumeist fanatisch für ihr Czechenthum arbeiteten, die deutschen Beamten aber sich mit Rücksicht auf die sehr empfindliche Ungunst des Erbprinzen mindestens sehr zurückhalten mußten. Bei den letzten Reichsrathswahlen bewarb sich unvermutheter Weise der Erbprinz Adolf Joseph in einem sehr überwiegend deutschen Landgemeindewahlbezirk des „Königreichs Schwarzenberg" gegen den deutschen Candidaten, damals Dr. Herbst, um ein Mandat. Als er wirklich mit geringer Mehrheit gegen Herbst gewählt worden war, trat er sogar in den Czechenclub des Reichsraths. Aber es wurde ihm darin bald unheimlich, er trat aus dem Czechenclub wieder aus und nahm als Wilder eine unabhängigere Stellung ein, immerhin stark beeinflußt durch das Haupt der zweiten völlig czechisirten fürstlich Schwarzenbergischen Majoratslinie, den Präsidenten des czechischen Landesculturrathes Fürsten Karl Schwarzenberg. Durch den Tod des regierenden Fürsten Johann Adolf Schwarzenberg gelangt der jetzt 56jährige Erbprinz Adolf Joseph ins Herrenhaus, und es ist Aussicht vorhanden, den Reichsrathssitz des letzteren für die deutsche Partei zurückzuerobern, vorausgesetzt, daß die Deutschen nicht wieder den Fehler machen, einen dem jetzigen Fürsten persönlich verhaßten Candidaten aufzustellen. Von dem Nachlasse des Fürsten Schwarzenberg erhält der Finanzminister anderthalb Millionen Gulden Erbschaftsgebühr.

* Wie man der „Kölnischen Zeitung" aus Petersburg mittheilt, wird die Reise des Großfürsten Sergei nach Jerusalem auch mit einem politischen Auftrage verknüpft sein. Der Großfürst ist nämlich beauftragt, dem Sultan die persönlichen Ansichten des Zaren über die bulgarische Frage auszusprechen, und zwar in der wohlwollendsten Weise behufs Förderung des guten Verhältnisses zwischen Rußland und der Türkei. Man glaubt, daß eine derartige Aussprache durch den Bruder des Zaren auf den Sultan einen weit größeren Eindruck machen wird als alle Verhandlungen durch den Botschafter. Somit kann man den Besuch des Großfürsten Sergei als ein Gegenstück zu dem des Herzogs von Edinburg auffassen. Der Zar hat bei seinem Besuch auf dem Landgute des Großfürsten Sergei Alles mit diesem persönlich verabredet. Der Großfürst hat am 14. dss. in Petersburg eine lange Unterredung mit Giers gehabt. Jedenfalls kann man den Folgen des großfürstlichen Besuchs in Konstantinopel mit Aufmerksamkeit entgegensehen.

* Am 25. September wird der russische Minister des Aeußeren Staatssecretair von Giers sein 50jähriges Dienstjubiläum begehen.

* Das halbamtliche „Journal de St. Pétersbourg" ist ermächtigt zu erklären, daß die Behauptungen der „Nouvelle revue" bezüglich einer im vergangenen Jahre an den Kaiser von Rußland ergangenen Einladung zu einer Zusammenkunft in Stettin vollständig unbegründet seien.

* Zur Lage in Serbien wird der „Politischen Correspondenz" von beachtenswerther Seite aus Belgrad, 13. September, geschrieben:

Abermals durchschwirren Kriegsgerüchte die Luft. Obzwar sie von einem Theile der europäischen Presse bereits als unumstößliche Wahrheiten colportirt werden, kann ich doch auf das Bestimmteste versichern, daß diesmal weniger denn je ernste Gründe zu einer Ministerkrise vorliegen. Die betreffenden Gerüchte werden, wie alle ähnlichen, von unseren Berufsdemagogen hinausposaunt und können nur als Beweis dafür betrachtet werden, wie sehr diese letzteren von einer längeren Action des heutigen Cabinets die Zügelung und Besänftigung jener Leidenschaften der Massen befürchten, auf welche sie vordem ihre zeitweilige Herrschaft gegründet hatten. In ernsten politischen Kreisen glaubte man daher auch keinen Moment an einen bevorstehenden Ministerwechsel. Man sah in dem Umstande, daß Herr Ristic, sobald König Milan in Abbazia anlangte, um Audienz ansuchte, ebenso einen Act schuldiger Loyalität, als es ein Act der nur zu gut bekannten Courtoisie und Liebenswürdigkeit Sr. Majestät des Königs gewesen, daß er seinen einstigen Ministerpräsidenten zur königlichen Hoftafel zugezogen hat.

Der Nationaltag ist trotz der übermenschlichen Anstrengungen einzelner Agitatoren gänzlich ruhig verlaufen, was um so mehr in Betracht kommt, als es einzelne Rädelsführer für nothwendig erachteten, Individuen aus dem Pöbel mit Prügeln und Stöcken, ja sogar verschiedenen Mordwaffen zu versehen, um auf diese Art ernste Tumulte hervorzurufen. Die Bevölkerung blieb vollkommen ruhig, und das ist wohl der beste Beweis, daß man auch in Serbien immer mehr und mehr zur Einsicht gelangt, daß ein Verhalten im Einklange mit Recht und Ordnung im Staate heilsamer wirkt als Rücksichtnahme auf alle die eitlen Versprechungen einer gewissenloser Demagogie.

Herr Pirotschanac hat die von ihm verfaßte und dem Consistorium unterbreitete Replik in der Scheidungs-Angelegenheit in der europäischen Presse veröffentlichen zu sollen geglaubt und ist nun eifrig bemüht, sie in alle Schichten der Bevölkerung gelangen zu lassen, wobei er ganz und gar vergißt, daß die Verbreitung von Broschüren vor Urtheilsfällung nach dem serbischen Preßgesetze geahndet wird, was einem gewesenen Justizminister keineswegs zur Ehre zu gereichen vermag. Uebrigens enthält der ganze Act keineswegs eine sachliche Vertheidigung der Königin Natalie, sondern vielmehr eine lange Reihe grundloser und tendenziöser Beschuldigungen gegen König Milan. Se. Majestät hat denn auch einen neuen Beweis seiner bewunderungswürdigen Langmuth an den Tag gelegt, als er der Königin neuerlich drei Monate Bedenkzeit gewährte. Herrn Pirotschanac aber mag in Zukunft einen gelehrten Juristen nennen, wer da will. Es giebt wohl kaum etwas Ungeschickteres, als wenn sich ein Sachwalt bei der Vertheidigung seiner Clientin Etwas zu Schulden kommen läßt, was in einzelnen Paragraphen des Strafgesetzbuches mit voller Deutlichkeit umschrieben ist und in diesem besonderen Falle an das Verbrechen der Majestätsbeleidigung nur allzu lebhaft erinnert.

* Ueber das bulgarische Räuberunwesen wird der „Politischen Correspondenz" aus Sofia, 13. September, geschrieben:

Die Untersuchung, betreffend den kürzlich in der Umgebung von Sofia gefangen genommenen Samow, welcher bekanntlich zu den Entführern der Herren Landler und Binder gehörte, ist noch nicht zu Ende geführt. Die Behörden in Sofia warten das Eintreffen der Briefe ab, welche zwischen Herrn Illiapulos in Tatar-Bazardschik und den genannten Herren während deren Gefangenschaft gewechselt wurden, da aus denselben Aufklärung über verschiedene Einzelheiten erwartet wird, die sich im Verlaufe des Verhörs des Räubers Samow ergeben haben. Inzwischen fahren die Behörden fort, gegen jene Dörfer des Bezirkes von Bellova, welche den Räubern bei ihren Unternehmungen an die Hand gingen, mit strengen Strafmaßregeln vorzugehen. So wurde das von Kutzo-Wallachen in der Anzahl von etwa 120 Köpfen bewohnte und aus 19 Hütten bestehende Dorf Tschandir, das eigentlich besser als Sommerlager bezeichnet wird, niedergebrannt und alle Habe der Bewohner, bestehend in Schafen, Ziegen und Pferden, beschlagnahmt. Der Führer der Bande Kissarew, welche bekanntlich den Photographen Stojanow in der Nähe des Klosters Rilla entführt hatte, soll sich mit einigen Genossen andauernd in dem Gebirge von Bellova, jedoch in einem fast vollständig unzugänglichen Schlupfwinkel aufhalten. Man hofft aber, daß der bald zu gewärtigende Eintritt strenger Kälte diese Ehrenmänner zwingen werde, ihr hochgelegenes Nest zu verlassen und in die Thäler herabzusteigen, und daß es dann den Behörden gelingen wird, sie in Empfang zu nehmen. Bedauerlicher Weise ist ein neuerlicher frecher Raubanfall zu verzeichnen, welcher es der Regierung zur Pflicht macht, das System ihrer Maßregeln zur Bekämpfung der Brigantaggio zu erweitern und zu verschärfen. Gestern wurde nämlich die von Sofia nach Rustschuk abgegangene Post von einer aus sechs Köpfen bestehenden Räuberbande zwischen Araba-Konak in Orhanie überfallen. Die Räuber, welche sämmtlich albanesisches Gewand trugen, warfen sich auf den ersten der beiden Postwagen, welcher die Briefbeutel enthielt, während in dem zweiten Geldsendungen und Werthgegenstände untergebracht waren. Zwischen dem Postillon des überfallenen Wagens und dem ihn begleitenden Gendarmen einer- und den Räubern andererseits entspann sich ein heftiger Kampf, in dessen Verlauf der Gendarm getödtet wurde. Der Postillon des zweiten Wagens hatte die Geistesgegenwart, während dieses Handgemenges umzukehren und in rasender Eile bis zur Ortschaft Jasch-Kessen zu fahren. Nachdem die Räuber sich überzeugt hatten, daß die Postbeutel blos Briefschaften enthalten, kümmerten sie sich nicht weiter um den Fang und flüchteten in die Berge. Die Regierung hat sofort nach Kenntnißnahme von diesem Vorfall die Unterpräfecten der den Schauplatz des räuberischen Ueberfalls umgebenden Bezirke telegraphisch angewiesen, sich unverzüglich in Begleitung von Gendarmen an Ort und Stelle zu begeben, um den Räubern in der Richtung, welche sie verfolgen, nachstellen zu lassen. Die Post hat nach diesem Vorfalle ihre Fahrt nach Plevna fortgesetzt.

* Gegenüber den Erörterungen, welche in einem Theile der Presse darüber aufgetaucht sind, ob sich durch die bevorstehende Vermählung der Prinzessin Sofia, Schwester des deutschen Kaisers, mit dem griechischen Kronprinzen die Nothwendigkeit eines Glaubenswechsels für die Prinzessin ergebe, werden wir aus Athen von unterrichteter Seite auf die Bestimmungen der griechischen Verfassung aufmerksam gemacht, welche einzig in Rücksicht der Kinder des jeweiligen Königspaares die Vorschrift enthält, daß sie im orthodoxen Glauben erzogen werden müssen. Dagegen existirt keinerlei Bestimmung, welche hinsichtlich des Glaubens der durch Heirath zuwachsenden Mitglieder der königlichen Familie etwas vorschriebe.

* Es wird jetzt bestimmt behauptet, daß 30 000 Mann nach Massaua geschickt würden; sie sollen wenige Tage nach der Abreise Kaiser Wilhelm's abgehen. Es soll ausgemacht sein, daß Keren durch verstärkte Irreguläre besetzt wird, dann würde das italienische Heer vorrücken und die Verbindungen so befestigen, daß man leicht und sicher von Massaua nach Keren und umgekehrt kommen könne. Für den nächsten Sommer hätte dann die ganze Armee im Bogoslande gesundes und kühles Quartier.

Eine Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" druckt einen Artikel der „Indépendance Belge" ab, der unter der Ueberschrift „Wilhelm II. und Fürst Bismarck" an das Dementi der Gerüchte über die Neuorganisation der Reichsämter anknüpft. Der Artikel erkennt in seinem Eingange an, daß es sehr natürlich war, die freisinnige Partei als Urheber dieser Gerüchte verantwortlich zu machen, weil diese von Anfang an die Einrichtung verantwortlicher Reichsminister verlangt habe. Aus dem Umstande jedoch, daß die Nachricht aus dem „Hamburgischen Correspondenten" stamme und später in Zeitungen wie die „Post" und die „National-Zeitung" übergegangen sei, glaubt der Artikel folgern zu sollen, daß die Frage in der That in maßgebenden Kreisen erörtert und daß nur die Lösung für den Augenblick aufgeschoben worden ist. Die „Indépendance" giebt über die Entstehung der Frage folgende Erklärung:

In den dem Fürsten Bismarck sehr viel näher stehenden politischen Gruppen, als es die Gruppe des Herrn Eugen Richter ist, soll man diese Nachricht lancirt haben zu dem alleinigen Zweck, in discreter Weise dem Fürsten von Bismarck nahe zu legen, daß es Zeit wäre, sich einen eventuellen Nachfolger zu bezeichnen, wie es der Feldmarschall v. Moltke gethan hat, um ohne Erschütterungen und anstoßlos den Uebergang der sehr ausgebreiteten Machtvollkommenheit des Kanzlers in andere Hände, die nothwendiger Weise weniger erfahren sind, vorzubereiten. Der Kanzler, es ist wahr, ist von der Last der Jahre nicht so bedrückt wie der Feldmarschall von Moltke, er ist heute 73 Jahre alt; aber es wird bemerkt, daß lange Zeit, bevor der ehemalige Chef des Generalstabes dieses Alter erreicht hatte, er die Wahl eines späteren Nachfolgers in der Person des Grafen von Waldersee getroffen hat, der in der That ihm nachgefolgt ist. Im Uebrigen war Graf Moltke in dem Generalstabe weit davon entfernt, in einer solchen Lage zu sein, wie diejenige des Kanzlers ist, welcher in seinen Händen alle Machtbefugnisse vereinigt und in gewisser Weise allmächtig ist, dergestalt, daß keine nur irgendwie wichtige Frage von allgemeinem Interesse sich ohne seine Mitwirkung regeln läßt. Einer der gewichtigsten Vorwürfe, welche man dem Reichskanzler selbst in befreundeten Kreisen macht, ist, daß in dem Reiche Alles so eingerichtet ist, wie wenn er allein da wäre, um eine Frage entscheiden zu können, und wie wenn er für immer sich seiner geistigen Fähigkeiten und seiner Arbeitskraft erfreuen sollte. Die Thatsache, daß die Nachricht einer Reorganisation der Reichsämter anfangs durch notorisch liberale Zeitungen gelaufen und nicht sofort durch die officiöse Presse widerlegt worden ist, zeigt deutlich an, daß diese ganze Geschichte sich in einem Kreise entwickelt hat, welchen man über die Neigungen des jungen Kaisers gut unterrichtet erachten mußte. Es würde in der That eigenthümlich sein, daß, nachdem der Kaiser in der Armee dem jungen Element einen so weiten Spielraum eingeräumt und nachdem er so deutlich seinen Willen einer allgemeinen Verjüngung zu erkennen gegeben hat, er in der Regierung des Reiches es beim Alten lassen sollte. Hieraus erklärt